

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Die Leipziger Volkszeitung ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen des Polizeipräsidenten Leipzig, der Amtshauptmannschaft Leipzig u. des Stadtrats zu Großsch. behördlich bestimmte Blatt

Verkaufspreis mit illustrierter Beilage Volk und Zeit sowie der Kinder-Beilage, für einen Monat einschließlich Bringerlohn 2.- Mark, für Selbst-abboller 1.90 Mark. — Durch die Post bezogen 2.- Mark ohne Beleggeld. **Telephon** Sammelnummer 72206 — **Postcheckkonto Leipzig Nr. 58477**

Redaktion: Leipzig, Landauer Str. 19/21 **Telegramm-Adresse:** Volkszeitung Leipzig **Telephon** 72216. — **Verlag in Leipzig,** Landauer Straße 19/21 — **Telephon** 72101

Inseratenpreise: Die Wochenblatt, Kolonellseite 35 Pf., bei Wochenbeilage 40 Pf., Stellenangebote 10 Geis. Kolonellseite 25 Pf., Familienanzeigen von Privaten die 10 Geis. Kolonellseite mit 50% Nachsch. Reklameseite 2 Mk. Inzerate v. ausm.: die 10 Geis. Kolonellseite 40 Pf. bei Wochenbeilage, 50 Pf., Reklameseite 2.25 Mk.

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage — Abonnementsbestellungen nehmen die Austräger, unsere Zweigstellen und alle Postanstalten entgegen

Großer Mitgliederverlust der KPD

1158 kommunistische Parteimitglieder verloren — Mitgliedererwerb der Sozialdemokr. Partei

Die Zunahme der kommunistischen Stimmen bei den Wahlen ist der Ausdruck dafür, daß die besten Arbeiterelemente sich aus der Gefolgschaft der SPD lösen und sich unter Führung der kommunistischen Partei in die rote Klassenfront einreihen.

(Sächs. Arbeiterzeitung vom 25. Februar 1927.)

Die letzten Wahlergebnisse und die bekanntgewordenen Mitgliederziffern der Berliner Bezirksorganisation der kommunistischen Partei stimmen mit dem obigen Motto aus der SZ nicht überein. Das Leipziger Kommunistentat wagt zwar in seiner Sonnabendnummer die lächerlichsten Verdrehungskünste, um nicht nur abgesehen zu werden, sondern sucht auch den Mitgliedererwerb der Berliner Bezirksorganisation der KPD in einen „wesentlichen Aufschwung des Mitgliederstandes“ umzufälschen. Zahlenmäßig wird aber dieser „Aufstieg“ nicht bewiesen, dafür verschweigt aber das Kommunistentat seinen Lesern die von uns am Freitag veröffentlichten Zahlen über den Mitgliedererwerb der kommunistischen Parteiorganisation des Bezirks Berlin-Brandenburg-Lausitz. In unseren Zahlen ist die Verächtlichkeit der roten Fahne zu dem Artikel im Vorwärts mit berücksichtigt worden. Selbstverständlich verschweigt die SZ daß die Sozialdemokratische Partei im letzten Jahre um 45 081 Mitglieder zugenommen hat und am 1. Januar einen Mitgliederbestand von 888 581 hatte. Trotzdem schreibt die SZ von einem Mitgliedererwerb der Sozialdemokratischen Partei und veröffentlicht Zahlen aus der Mitgliederbewegung des Ortsvereins Leipzig-Ost. Dieser Ortsverein hatte am 1. Januar 1927 insgesamt 8470, am 31. Dezember 1927 an männlichen und weiblichen Mitgliedern einen Mitgliederbestand von 3362, mithin eine Zunahme von 117, von denen 31 gestorben und viele bezogen sind. Die SZ hat einen Mitgliedererwerb von 639 ausgerechnet. Der Unterbezirk Groß-Leipzig der SPD, zu dem auch der Ortsverein Leipzig-Ost gehört, hatte nach dem vorliegenden gedruckten Geschäftsbericht am 1. Januar 1927 insgesamt 20 370, am 31. Dezember 1927 aber 26 470 Mitglieder, mithin eine Zunahme von 160 Mitgliedern. Unter dem Verlust befinden sich 194 gestorbene Mitglieder. Der Mitgliedererwerb beschränkt sich nicht, die sozialdemokratische Organisation des Unterbezirks Leipzig braucht jedoch nicht die großen Verluste der Leipziger KPD im letzten Jahre zu suchen.

Größer ist die Zunahme der Sozialdemokratie im Bezirk Leipzig, der die Kreisorganisation umfaßt. Der Bezirk zählte am 1. Januar 1927 38 412, am 1. Januar 1928 jedoch 38 893 Mitglieder, mithin eine Zunahme von 391 Mitgliedern.

Wie sieht nun die Mitgliederbewegung der kommunistischen „Massepartei“ im Bezirk Westsachsen aus? Dieser Bezirk ist größer als der Leipziger Bezirk der SPD. Zu ihm gehören die Stadt Leipzig, die Amtshauptmannschaften Leipzig, Borna, Wurzen-Grimma-Oschag, der Bezirk Riesa bis Zeitzhain, sowie das frühere Sachsen-Mittelelbe bis einschließlich Stadt Mittelsburg.

Nach dem Bericht über die Tätigkeit des Bezirks Westsachsen der KPD vom 1. April 1925 bis 31. März 1926 waren im April 1925 insgesamt 9222, im März 1926 aber nur noch 9114 Mitglieder vorhanden, also ein Verlust von 108 Mitgliedern. Ueber

Die Mitglieder der KPD Westsachsens

unterrichtet die nachfolgende Tabelle, die einem Bericht der Bezirksleitung an den kommunistischen Bezirkstag am 10. und 11. Dezember 1927 entnommen ist.

	Gemeldete Mitgl.		Abgerechnete Mitgl.	
	Dez. 1926	Sept. 1927	Febr. 1927	Sept. 1927
Groß-Leipzig	5937	5364	4940	4768
Arbeitsgeb. > öbl. Ehrenb.	—	110	—	105
.. Borsdorf	136	178	127	175
.. Knaackberg	246	271	188	223
.. Liebertwitz	101	71	52	31
.. Mühlhena	29	35	21	13
.. Markranstädt	187	183	180	167
.. Deusch-Gaußig	316	320	240	341
.. Landau	147	127	95	113
.. Wiedersheim	65	65	48	39
Zusammen	7204	6744	5802	5973
Unterbezirk	Borna	340	298	246
.. Meuselwitz	300	455	378	441
.. Ruedersdorf	140	115	64	103
.. Riesa-Mittelsch.	284	255	224	234
.. Wurzen	181	166	132	154
Gesamtzahl	8709	8064	6908	7151

Nach den authentischen Berichten der kommunistischen Bezirksleitung hat die KPD-Bezirksorganisation Westsachsen vom April 1925 bis September 1927 an Mitgliedern 1158 verloren. Berücksichtigt man noch, daß unter den 8064 Mitgliedern noch viele Papierkolonnen sind; denn nur für 7151 Mitglieder sind die Parteibeiträge abgerechnet worden, dann ist der Verlust noch viel größer. Die wilde Agitationspolitik der KPD und ihre gegen die Sozialdemokratie angewandte Entladungstrategie hat trotz aller gegen die sozialdemokratischen „Reformisten“ und „Arbeitervertreter“ in die Welt gesetzten Lügen und Verleumdungen die kommunistische Partei nur rückwärts gebracht.

Mit der Deutschen Kommunistischen Partei geht es rasend bergab. Daran können auch Moskauer Galvanisierungsversuche nichts ändern. Und das ist für die sozialdemokratische Arbeiterbewegung in Deutschland gut, denn damit wird der Weg ihres neuen Aufstiegs und ihres endgültigen Sieges vorbereitet. Mit dem Verschwinden der deutschen Filiale der kommunistischen Internationale wird die Einheit der deutschen Arbeiterbewegung unter Führung der Sozialdemokratischen Partei wiederhergestellt. Mögen die jetzt noch irreführenden kommunistischen Arbeiter dazu beitragen, daß diese proletarische Einheit bald zur erfolgreichen Führung des Klassenkampfes erreicht wird.

Dezentralisierte Selbstverwaltung als Weg zum Einheitsstaat

Von Argus.

Die Bewegung für den Einheitsstaat ist bereits so erstarkt, daß die verschiedenen Klassen und Parteien literarisch zu ihr Stellung nehmen. Das ist ein Teil jenes wichtigen geistigen Klassenkampfes, der durch die anscheinend technischen und juristischen Fragen verhüllt wird. Bei der Schwierigkeit der Materie ist es aber um so notwendiger, daß die Arbeiterklasse und besonders die Partei der Sozialdemokratie unter Ausnutzung des von anderer Seite beigebrachten Materials eine eigene Stellungnahme zum Problemkomplex Einheitsstaat einnimmt. Es handelt sich hier nicht nur um die Einzelheiten, sondern um die grundsätzliche Stellung, die von den Interessen der Arbeiterklasse und ihrer Staatsauffassung bestimmt wird. Hierzu ist aber erforderlich sowohl eine theoretische Grundbeurteilung, als auch eine intime Kenntnis der internen Verwaltungsfragen und der Wirkung und Bedeutung des Mechanismus der Verwaltung im Kampf der Klassen und Gruppen im Staat um den Staat.

Es ist daher erfreulich, daß Genosse Dr. Karl Herz in einem erweiterten Referat „Die Verwaltungsreform als Aufgabe der Demokratie“ (Verlagsgesellschaft des Allg. Deutschen Beamtenbundes, Berlin, 1927, 51 S.) die Parole ausgiebt, die mit der Überschrift dieses Artikels bezeichnet ist. Der theoretisch geklärte Verwaltungspraktiker kommt hier zu einem Ergebnis, das sich dem marxistischen Soziologen von anderem Gesichtspunkt aus aufdrängt. Der Grundgedanke ist: Das Proletariat muß den Staat umformen, um ihn für seine Zwecke nutzbar zu machen. Das wußten Marx und Engels bereits nach den Erfahrungen der Kommune von Paris 1871. Die von ihnen vorgeschlagenen Mittel versagen gegenüber dem heutigen viel mächtiger und komplizierter gewordenen Staat.

Was soll die Arbeiterklasse tun? Die parlamentarische Demokratie ist ein großer Schritt vorwärts. Sie bleibt aber unvollkommen ohne Demokratisierung der Verwaltung. Diese ist nicht zu erzielen durch das Wirken einzelner demokratischer und sozialistischer Minister, sondern nur durch eine völlige Umgestaltung der Verwaltungsform.

Wichtige Vorarbeit kann geleistet werden durch Beseitigung des vielfach veralteten im heutigen Verwaltungsrecht und durch Kodifizierung der vielfach auf Gewohnheitsrecht und Ministerialvorschriften beruhenden Verwaltungsrechtgebung. Dabei ist mindestens alles zu beseitigen, was aus der Zeit des fürstlichen Absolutismus stammt und heute leicht zur juristischen Stütze reaktionärer Bürokratie werden kann. Diese Aufklärungsarbeit ist natürlich nur eine Art Zubereitungsarbeit, bei der sozialistische Juristen sehr wertvolle Arbeit leisten können. Was folgt dann?

Es wäre irrig, und die Länderkonferenz hat es bestätigt, zu erwarten, daß die staatliche Bürokratie der einzelnen Länder zur Reichsvereinhelligung durch Neugliederung des Reichsgebietes schreiten würde. Der Enklavenausbau und die Einverleibung kleiner Staaten sind ein Fortschritt, aber im ganzen weniger wichtig. Selbst hier erhebt sich Widerstand auf allen Seiten. Der heute rationelle Weg ist Erhöhung der Reichskompetenzen durch Übernahme wichtiger Verwaltungsgebiete durch das Reich, z. B. die Justiz und den Strafvollzug. Auf diese Weise müssen die Länder zu potenziellen Selbstverwaltungskörpern werden, d. h. die Eigenstaatlichkeit muß ihnen nach und nach entzogen werden. Diese Maßnahme hat aber ganz verschiedene Bedeutung, je nach dem Ziel. Es ist denkbar, und die Literatur der Rechtsparteien zeigt es, auf diese Weise den bürokratischen Zentralismus zu stärken, ja sogar die Macht des Reichsparlaments durch Stärkung der Präsidialgewalt und der Reichsbürokratie erheblich einzuschränken. Der Weg der Sozialdemokratie ist gerade entgegengesetzt. Die Zentralisation ist nur erträglich, wenn sie verbunden wird mit dem Ausbau einer wirklich demokratischen, mit Eigenleben ausgestatteten Selbstverwaltung, die nicht nur ein ausführendes Organ der Zentrale ist, sondern in ihrem Machtbereich schöpferische Initiative entfalten kann. Nur auf diese Weise kann das durch geographische Eigenart und kulturelle Ueberlieferung bereicherte Eigenleben von Gebieten gewahrt bleiben, ohne in reaktionären und reichsfeindlichen Partikularismus zu entarten. Das heißt natürlich nicht Zerschlagung der Verwaltungseinheit des Reiches. Im Zeitalter des Verkehrs und der Weltwirtschaft ist selbst das Reich nur eine kleine Einheit im Kapitalismus. Daher kann die Selbstverwaltung nur im Rahmen von Richtlinien handeln, die von der Zentrale gegeben werden. Für die Gestaltung dieser Richtlinien ist natürlich der Parlamenteinfluß weitgehend zu sichern. Die Selbstverwaltung hat ferner ein Zusammenwirken der parlamentarischen Demokratie und von nicht-beamteten Vertretern mit dem Berufsbeamtentum praktisch zu organisieren. Nur so kann sie wirkliches Leben erhalten.

Durch Stärkung der Reichsverwaltung, Angleichung der Länderverwaltung und Ausbau der dezentralisierten Selbstverwaltung ist heute praktische Arbeit für den Einheitsstaat zu leisten. Selbst Kräfte, die außerhalb der Arbeiterklasse wirken, werden hier dienlich. Die technische Rückständigkeit der heutigen bürokratischen Verwaltungsorganisation ist

Erneut Wahlsiege in Braunschweig

Sozialistische Stadtverordnetenmehrheit

WTS Braunschweig, 26. Februar.

Heute wurden im Freistaat Braunschweig die Stadtverordneten-, Gemeinde- und Kreisstadtwahlen vorgenommen. Die Stadtverordnetenwahlen für die Stadt Braunschweig ergaben eine Linksmehrheit. Das vorläufige amtliche Ergebnis ist folgendes:

Sozialdemokraten 44 788 Stimmen, 19 Sitze (1925: 29 951 St. 13 Sitze), **Kommunisten** 4924 St., 1 Sitz (5076 St., 2 Sitze), **Demokraten** 2551 St., 1 Sitz (2689 St., 1 Sitz), **Nationalsozialisten** 3814 St., 1 Sitz (280 St., 0 Sitze), **Aufwertungs- und Aufbaupartei** 601 St., 0 Sitze, **Volkspartei** 2412 St., 1 Sitz (Wahl der Invaliden und Witwen 846 St., 0 Sitze), **Volkswohlfahrtspartei** 1726 St., 1 Sitz, **Bürgerliche Einheitsliste** 27 267 St., 12 Sitze (wirtschaftliche Einheitsliste 14 557 St., 6 Sitze, nationale Einheitsliste 27 869 St., 12 Sitze).

Die Ergebnisse der Stadtverordnetenwahlen in einigen größeren Städten ergeben nach den vorläufigen amtlichen Zahlen folgendes Bild (Vergleichszahlen in Klammern):

Wolfenbüttel: Sozialdemokraten 7 (4), Wirtschaftsverband 3 (Mittelstandsliste 1), Kommunisten 1 (2), Nationalsozialisten 1 (0), bürgerliche Arbeitsgemeinschaft 5 (10).

Hannover: Sozialdemokraten 6 (4), Kommunisten 0 (1), Demokraten 1 (0), bürgerliche Arbeitsgemeinschaft 5 (5), Wirtschaftsverband 3 (4), außerdem bisher ein Vertreter des Reichsbundes.

Helmstedt: Sozialdemokraten 8 (6), vereinigte bürgerliche Parteien 6 (6), Kommunisten 0 (0), Zentrum 0 (Zentrum und Demokraten 1), eine rechtsstehende Einheitsliste 3 (4), Beamte und Angestellte 1 (0), Jungbürger 1 (0), außerdem bisher ein Vertreter des Invalidenbundes.

Polen und Litauen

Nochmaliger Appell an den Völkerbund

Warschau, 25. Februar.

Wie der Vertreter der Telegraphen-Union aus bestunterrichteter Quelle erfährt, hat die polnische Regierung die Absicht, den Völkerbundrat erneut mit dem polnisch-litauischen Konflikt zu betrauen, um seine Dezember-Entscheidung in authentischer Weise nochmals zu erläutern. Der Völkerbundrat soll gebeten werden, offiziell festzustellen, ob er, als er Polen und Litauen die Maßnahmen unmittelbarer Verhandlungen empfahl, damit die Wiederherstellung normaler oder lediglich zeitweiliger diplomatischer Beziehungen zwischen den beiden Staaten bezweckte.

Nach einer weiteren Meldung aus Warschau soll die polnisch-litauische Frage zwar noch nicht im März, wohl aber in der Juni-Session des Völkerbundesrates von Polen neu aufgestellt werden, wenn es vorher nicht zu den direkten Verhandlungen zwischen den beiden Ländern gekommen ist.

Die bulgarischen Denker wollen Opfer

SPD Paris, 25. Februar.

Die bulgarische Regierung hatte vor einiger Zeit die Auslieferung des in Paris lebenden Führers der Bauernpartei Koffoff gefordert. Koffoff wurde vor drei Wochen verhaftet und stand am Sonnabend vor dem Untersuchungsgericht. Er führte aus, daß er als Freund von Stambuliski aus Bulgarien flüchten mußte. Das Auslieferungsbegehren der bulgarischen Regierung wegen angeblicher Bestechung von Staatsbeamten bezwecke nur, ihn nach Bulgarien zurückzuführen, um ihn unschädlich machen zu können. Das Gericht hat sich diesen Argumenten angeschlossen und das Auslieferungsbegehren abgelehnt, da sein politischer Hintergrund zu deutlich sei.